



Arbeitskreis
Religionsfreiheit – Menschenrechte –
Verfolgte Christen
Deutsche Evangelische Allianz



AKREF-Nachrichten vom 07.01.2022 bis 14.01.2022

Arbeitskreis für Religionsfreiheit - Menschenrechte - verfolgte Christen
der Evangelischen Allianz in Deutschland

Paul Murdoch (redaktion@akref.de)

Inhaltsverzeichnis

Afghanistan: Pressefreiheit in Afghanistan am Ende	4
Ägypten: Gesetz über Personenstatus ägyptischer Christen	5
Ägypten: Inhaftierter Christ nach zweijähriger Haft wieder frei	6
Äthiopien: Konflikt in Tigray	7
Deutschland: Wieder mehr Fälle von Kirchenasyl	8
EAD: Ermutigung, „sich freiwillig impfen zu lassen“	9
Großbritannien: Krankenschwester durfte Kreuz-Halskette tragen	11
Guatemala: Grenzstreit zwischen Gemeinden in Solola	12
Honduras: Indigener Menschenrechtskämpfer und Umweltaktivist wurde ermordet	13
Indien: Anti-Konversions-Gesetz – Ein teilweise selbstkritischer Kommentar von „Barnabas Fund“	14
Indien: Christliche Familien aufgrund ihres Glaubens sozial boykottiert	15
Indien: Mutter-Teresa-Schwestern dürfen wieder Spenden erhalten	16
Iran: Christin erneut angeklagt	17
Kasachstan: Die derzeitige Lage unter den Christen	18
Kasachstan: Gesetzesänderung bringt neue Hindernisse bei der Abhaltung religiöser Veranstaltungen	19
Kasachstan: Gottesdienste sind verboten	20
Kasachstan: Katholische Missionare zur Lage im Land	21
Kasachstan: Nach Ausschreitungen in Almaty	22
Kasachstan: Neues Religionsgesetz versetzt Christen in Sorge	23
Kasachstan: Von der Ausgangssperre zum pandemiebedingten Lockdown	24
Mosambik: Immer noch am Leben – „Gott hat mich nicht verlassen!“	25
Mosambik: Islamistische Gewalt	27
Nigeria: Ein Schüler der Bethel Baptist High School bleibt gefangen	28
Nordkorea: Trotz Verfolgung	29
Nordkorea: Verfolgungseifer gegen Christen ist ungebremst	30
Pakistan: Freigelassener Christ in Lebensgefahr	31
Pakistan: Opfer des Blasphemieparagrafen	32
Pakistan: Wegen "Blasphemie" angeklagter Christ zum Tode verurteilt	33
Südkorea: Im Geiste der evangelischen Brüderlichkeit	34
Südsudan: Mindestens 28 Tote bei islamistischem Angriff auf christliche Gemeinde	35
Vietnam: Einschätzung zur Lage der Christen	36

Weltweit: Weihnachtliche Gewalt gegen Christen in aller Welt

37

Zentralafrika: Brand verwüstet Flüchtlingscamp

39

Afghanistan: Pressefreiheit in Afghanistan am Ende

International Christian Concern/10.01.2021 - Während der letzten zwei Jahrzehnte des Konflikts in Afghanistan genossen die meisten afghanischen Medien relative Freiheit, um Nachrichten mit einer Vielzahl von Inhalten im ganzen Land zu verbreiten. Jetzt, nur wenige Monate nach dem Abzug der US- und NATO-Truppen, sind Journalisten in ihrer Berichterstattung eingeschränkt und viele Nachrichtensender sind geschlossen worden. Die Sendungen in Afghanistan wurden auf religiöse Programme beschränkt, und die meisten, wenn nicht sogar alle Journalistinnen waren gezwungen, in den Untergrund zu gehen. Diese Entwicklung ist nicht überraschend, da die Taliban entsprechend ihrer strikten Vorgehensweise das gesamte Leben nach ihrer Auslegung der Scharia und des Islams regeln.

Nahezu alle Freiheitsrechte wurden von den Taliban eingeschränkt oder ganz abgeschafft. Religiöse Minderheiten, wie z. B. Christen, leben weiterhin in äußerster Gefahr für ihr Leben. Als Konvertiten aus dem Islam werden Christen als eine Gemeinschaft von Kriminellen betrachtet, da sie gegen das Gesetz verstoßen und den Islam verlassen haben, um Christen zu werden. Im Großen und Ganzen sind alle Christen Konvertiten aus dem Islam, was sie in den Augen der Taliban zu Abtrünnigen macht.

Seit dem Beginn des US-Rückzugs im Sommer 2021 erhielten Christen Drohanrufe und Nachrichten von den Taliban, die behaupteten, sie wüssten, wer sie seien, und die ihnen mitteilten, dass sie bald zu ihnen kommen würden.

Die internationale Gemeinschaft muss den Druck auf die Taliban aufrechterhalten und sich für die Menschenrechte in Afghanistan einsetzen. Die Presse und religiöse Minderheiten müssen um jeden Preis geschützt werden.

Quelle: International Christian Concern; www.persecution.org

Aus dem Englischen übersetzt und überarbeitet von AKREF

Ägypten: Gesetz über Personenstatus ägyptischer Christen

steht kurz vor der Verabschiedung

Kairo (Fides) - Das neue Gesetz über den persönlichen Status der ägyptischen Christen, das auch Bestimmungen zu sensiblen familienrechtlichen Fragen enthält und auf das die koptisch-orthodoxe Kirche und andere Kirchen und kirchliche Gemeinschaften in Ägypten seit Jahrzehnten warten, könnte in Kürze vom Parlament in Kairo geprüft und verabschiedet werden. Dies geht aus einer Erklärung des ägyptischen Abgeordneten Atef Maghawry, einem Mitglied des Gesetzgebungsausschusses des Parlaments, hervor. Auf der Grundlage der ihm bekannten Informationen über die parlamentarische Tagesordnung erklärte Maghawry, dass der Gesetzentwurf demnächst der Parlamentarischen Versammlung zur Prüfung und Abstimmung vorgelegt wird, die ihre Plenarsitzungen am 23. Januar wieder aufnehmen wird.

Die Überarbeitung des Gesetzestextes über den Personenstand, an der das ägyptische Justizministerium seit langem arbeitet, wurde in der ersten Hälfte des Jahres 2021 abgeschlossen. Der Überarbeitungsprozess erforderte nicht weniger als 16 Arbeitssitzungen, an denen Experten, Regierungsbeamte und Vertreter der verschiedenen christlichen Konfessionen teilnahmen, die von den Zivilbehörden einberufen wurden, um den Text zu prüfen und den Konsens aller Kirchen und kirchlichen Gemeinschaften über den Wortlaut aller Artikel des Gesetzentwurfs zu erreichen.

Anfang Juli 2021 hatte der Abgeordnete Monsef Suleiman, Rechtsberater des koptisch-orthodoxen Patriarchats, gegenüber dem ägyptischen Internetportal Masrawy erklärt, dass der überarbeitete Entwurf des Textes vom Staatsrat geprüft werde, bevor er dem Repräsentantenhaus zur parlamentarischen Abstimmung vorgelegt werde, das seine endgültige Zustimmung erteilen und den Zeitrahmen für sein Inkrafttreten festlegen werde.

Die Beteiligung der in Ägypten vertretenen Kirchen und kirchlichen Gemeinschaften an dem langwierigen Prozess der Ausarbeitung eines neuen Gesetzes über den Personenstand hatte bereits 2014 begonnen. Bereits damals hatte das Justizministerium den Oberhäuptern der verschiedenen Kirchen einen Gesetzesentwurf vorgelegt, mit der Bitte, den Text zu prüfen und so bald wie möglich ihre Überlegungen zu diesem Thema zu übermitteln. Die Ausarbeitung des Entwurfs dauerte vor allem wegen der Beratungen länger, die darauf abzielten, einen Text zu formulieren, der zwar einheitlich sein sollte, aber dennoch die unterschiedlichen kirchlichen Ansätze in Fragen wie Trennung und Scheidung von Eheleuten, die von den verschiedenen christlichen Konfessionen unterschiedlich geregelt werden, berücksichtigt. Der Entwurf des einheitlichen Gesetzestextes, der im Konsens von Vertretern der verschiedenen Kirchen und kirchlichen Gemeinschaften ausgearbeitet wurde, wurde den Regierungsbehörden am 15. Oktober 2020 übergeben.

(GV) (Fides 11/1/2022)

Ägypten: Inhaftierter Christ nach zweijähriger Haft wieder frei

Menschenrechtler: Ramy Kamel hätte nie eingesperrt werden dürfen

Kairo (IDEA) – Nach mehr als zwei Jahren in Untersuchungshaft ist der koptische Christ Ramy Kamel (Warraq bei Kairo) am 8. Januar freigelassen worden. Das berichtet die Internetplattform Christian Post. Kamel ist Journalist und Aktivist, der sich gegen Übergriffe auf koptische Christen im Land engagiert hat. Er war am 23. November 2019 in seinem Haus festgenommen worden, nachdem er zuvor Angriffe auf koptische Kirchen dokumentiert hatte, berichtet die britische Menschenrechtsorganisation Jubilee Campaign (Addlestone bei London). Er sei ohne Haftbefehl festgenommen worden. Sicherheitskräfte hätten Dokumente, seinen Computer, Mobiltelefon und Fotoapparat beschlagnahmt. Die Behörden warfen Kamel vor, sich einer Terrorgruppe angeschlossen, falsche Informationen verbreitet und ausländische Gelder erhalten zu haben. Die US-Kommission für internationale Religionsfreiheit (USCIRF/Washington) und die Interessenvertretung Coptic Solidarity (Koptische Solidarität/Centreville im Bundesstaat Virginia) wiesen die Vorwürfe als „falsch“ zurück. Nach Angaben des Instituts für Menschenrechtsstudien in Kairo wurde Kamel in Haft von Mitarbeitern der Sicherheitsbehörden des Landes geschlagen und gefoltert.

Christen werden weiter diskriminiert

Hilfswerke begrüßten die Freilassung des Kopten und kritisierten, dass Christen in Ägypten weiter diskriminiert würden. Der Präsident der Organisation International Christian Concern (ICC), Jeff King (Washington), teilte mit, „dass Ägypten seit langem oberflächliche Menschenrechtsänderungen verfolgt, um seinen internationalen Ruf zu wahren“. Doch die Menschenrechtsbilanz des Landes sei sehr schlecht. Für Christen, die ohnehin am Rande der Gesellschaft lebten, seien die Folgen verheerend. Der Geschäftsführer der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch, Kenneth Roth (New York), schrieb im Kurznachrichtendienst Twitter, dass Kamel zu Unrecht zwei Jahre lang inhaftiert gewesen sei: „Er hätte nie eingesperrt werden dürfen.“ Es gebe „Zehntausende inhaftierter Ägypter wie ihn“. Die Kopten sind die größte christliche Gemeinschaft in Ägypten. Ihre Zahl unter den mehr als 100 Millionen Einwohnern des Landes wird auf sieben bis zehn Millionen geschätzt. Rund 90 Prozent der Bürger Ägyptens sind Muslime.

Äthiopien: Konflikt in Tigray

Bischöfe beklagen humanitäre Krise und Vergewaltigung von Frauen und Mädchen

Addis Abeba (Fides) - "Krieg verursacht immer Verwüstung, den Verlust von Menschenleben, die Zerstörung von Eigentum, die Auflösung von Gemeinschaften, Vertreibung und andere damit zusammenhängende menschliche Krisen", so die katholischen Bischöfe Äthiopiens in einer Erklärung zum Abschluss ihrer 52. Vollversammlung, die im Pastoralzentrum der Consolata-Missionare in Modjo stattfand. Der im November 2020 ausgebrochene Krieg zwischen der Volksbefreiungsfront von Tigray (TPLF) auf der einen Seite und der äthiopischen Armee, die von einigen regionalen äthiopischen Verbänden und der Armee Eritreas unterstützt wird, auf der anderen Seite hat verheerende Folgen für die Zivilbevölkerung. Wie die Äthiopische Bischofskonferenz anprangert, haben "viele Menschen ihr Leben verloren, viele andere wurden zwangsumgesiedelt, wieder andere haben ihren Besitz verloren, nicht wenige wurden inhaftiert, und viele Mädchen und Frauen wurden vergewaltigt". Der Krieg, so die Bischöfe, hat "die soziale Harmonie, die zwischen den Menschen herrschte", stark beeinträchtigt und die Bürger in Angst und Unsicherheit leben lassen.

Die Bischöfe wollen im Rahmen einer Spendenaktion auf die humanitäre Krise im Land zu reagieren und planen, rund 2 Millionen US-Dollar für die betroffene Bevölkerung zu sammeln.

Nachdem die Regierungstruppen eine Offensive der Separatisten zurückgeschlagen und diese sich in ihr Gebiet zurückgezogen hatten, ließ die Regierung in Addis Abeba einige Oppositionelle frei und versprach, einen nationalen Dialog einzuleiten. „Der Schlüssel zu einem dauerhaften Frieden ist der Dialog“, heißt es in einer Regierungserklärung, in der betont wird, dass "eine der moralischen Verpflichtungen eines Siegers die Barmherzigkeit ist".

Die äthiopische Region Tigray ist jedoch nach wie vor vom Rest der Welt isoliert, und die humanitäre Hilfe kommt nur schwer an. Die Lage in den Krankenhäusern von Tigray ist verzweifelt, weil es an Medikamenten und anderen medizinischen Hilfsgütern mangelt.

(L.M.) (Fides 8/1/2022)

Deutschland: Wieder mehr Fälle von Kirchenasyl

Im Jahr 2021 gab es deutlich mehr Kirchenasyle als im Vorjahr

Berlin (IDEA) – Die Zahl der gemeldeten Fälle von Kirchenasyl in Deutschland ist 2021 deutlich gestiegen. Das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion hervor. Danach gab es 2021 allein in den ersten neun Monaten des Jahres 604 gemeldete Fälle. Im ganzen Jahr 2020 registrierte die Regierung insgesamt 335 Kirchenasyle. In den vorangegangenen Jahren hatte die Zahl stark geschwankt: 2016 gab es 421 Fälle, 2017 waren es 1.561. Im Jahr 2018 lag die Zahl bei 1.521 Fällen und 2019 bei 636. Ein Fall von Kirchenasyl könne jeweils mehrere Personen betreffen, so die Regierung.



EAD: Ermutigung, „sich freiwillig impfen zu lassen“

Vertreter der Evangelischen Allianz in Deutschland nehmen Stellung

Seit ihrer Gründung im Jahr 1846 setzt sich die Evangelische Allianz für Freiheitsrechte ein.

Neben dem Kampf gegen Sklaverei war es vor allem der Einsatz für Religions- und Gewissensfreiheit des Einzelnen.

Seit ihrer Gründung im Jahr 1846 setzt sich die Evangelische Allianz für Freiheitsrechte ein. Neben dem Kampf gegen Sklaverei war es vor allem der Einsatz für Religions- und Gewissensfreiheit des Einzelnen.

Als im Zuge der Corona Pandemie 2020 über Einschränkungen von Gottesdiensten debattiert wurde, hat die Evangelische Allianz im politischen Berlin dafür plädiert, dass weiterhin Präsenz-Gottesdienste stattfinden durften. Hygienekonzepte einzuhalten, ist eine Selbstverständlichkeit. Aufeinander achthaben und rücksichtsvoll miteinander umzugehen, ist gelebte Nächstenliebe. 3G Regeln sind dann akzeptabel, wenn die Testmöglichkeit für alle besteht und niemand aus sozialen oder wirtschaftlichen Gründen vom Gottesdienst ausgeschlossen wird.

Zum Thema Impfen hat sich die Evangelische Allianz in Deutschland sehr zurückhaltend geäußert. Hier sind medizinische Experten, der gesunde Menschenverstand und die persönliche Abwägung jedes Einzelnen gefragt. Wir ermutigen Menschen aber, alles zu tun, um die Pandemie zu bekämpfen und sich freiwillig impfen zu lassen.

Geistlich liegt der Evangelischen Allianz seit ihrer Gründung neben der Freiheit und der damit verbundenen Verantwortung, die Einheit am Herzen. Wir sprechen uns deutlich dagegen aus, die Impffrage zu einer Bekenntnisfrage zu machen. Christ ist ein Mensch wegen seiner Beziehung zu Jesus Christus, nicht wegen seines Impfstatus. Auch einer theologisch-endzeitliche Überhöhung der Impfdebatte bitten wir mit geistlicher Nüchternheit zu begegnen.

Wir wenden uns gegen die pauschale Diffamierung von Nichtgeimpften als „Pandemietreiber“, „Verschwörungstheoretiker“ oder „Querdenker“. Die Gründe, sich nicht impfen zu lassen, sind vielfältig und die Entscheidung für oder gegen die Impfung liegt in der Freiheit des Einzelnen. Nichtgeimpfte dürfen nicht pauschal vom öffentlichen und kirchlichen Leben ausgeschlossen werden.

Gleichzeitig gilt, dass jeder für seine Entscheidungen und sein Handeln die Verantwortung übernehmen muss. Jede Entscheidung hat Konsequenzen, die auch persönlich zu tragen sind. Wer sich impfen lässt, muss mit möglichen Nebenwirkungen rechnen. Wer sich gegen eine Impfung entscheidet, muss dazu bereit sein, dass zusätzliche Tests oder andere Regelungen seinen Alltag erschweren. Weder dürfen negative Auswirkungen einer persönlichen Entscheidung automatisch auf die Allgemeinheit abgewälzt werden, noch darf die Allgemeinheit ein Individuum aufgrund einer legitimen persönlichen Entscheidung stigmatisieren oder vom gesellschaftlichen Leben ausschließen.

Sehr deutlich verurteilen wir den Missbrauch der Impfdebatte durch Kräfte, die die Institutionen des Rechtsstaates grundsätzlich in Frage stellen. Wir rufen Christen dazu auf, den Glauben nicht zu instrumentalisieren und sich selbst nicht vor den Karren anderer Interessen spannen zu lassen. Der Diffamierung unserer Demokratie treten wir entgegen und gewaltbereiten Radikalen widerstehen wir. Beides entspricht nicht dem Wesen Christi. Wir beteiligen uns an der gesellschaftlichen und politischen Meinungsfindung. Unterschiedliche Meinungen halten wir aus. Diese sind kein Hindernis für unsere Einheit in Christus.

Ekkehart Vetter, erster Vorsitzender der Evangelischen Allianz in Deutschland

Siegfried Winkler, zweiter Vorsitzender der Evangelischen Allianz in Deutschland

Dr. Reinhardt Schink, Generalsekretär der Evangelischen Allianz in Deutschland

Uwe Heimowski, Beauftragter der Evangelischen Allianz in Deutschland am Sitz des Deutschen Bundestages und der Bundesregierung



Vorstand der EAD

v.l.n.r.: Siegfried Winkler, Ekkehart Vetter, Dr. Reinhardt Schink

© EAD/Christian Hönig

Großbritannien: Krankenschwester durfte Kreuz-Halskette tragen

Urteil: Christin wurde zu Unrecht von ihrem Arbeitgeber diskriminiert

London (IDEA) – Ein britisches Gericht hat einer christlichen Krankenschwester Recht gegeben, die wegen einer Kreuz-Halskette zwangsversetzt worden war. Das berichtet die Internetzeitung „Christian Post“. Die aus Nigeria stammende Frau hatte die Kette bei der Arbeit in einem Krankenhaus in London getragen. 2015 hatte der Krankenhausbetreiber sie aufgefordert, das Kreuz während ihres Dienstes abzulegen. Zur Begründung hatte er erklärt, es verstoße gegen die Kleiderordnung für Krankenschwestern und stelle ein Infektionsrisiko dar. Als die Krankenschwester sich weigerte, wurde sie in die Verwaltung der Klinik versetzt und kündigte schließlich. Das Gericht erklärte jetzt in seinem Urteil, durch das Verbot der Kreuz-Halskette sei die Frau zu Unrecht diskriminiert worden. Der Krankenhausbetreiber habe anderen Schwestern unter anderem erlaubt, während der Arbeit Ringe oder auch Hijabs (islamische Kopftücher) zu tragen. „Es gibt keine stichhaltige Erklärung dafür, warum diese Gegenstände erlaubt waren, aber eine feine Halskette mit einem kleinen Anhänger von religiöser Bedeutung nicht“, so das Gericht.

Guatemala: Grenzstreit zwischen Gemeinden in Solola

Bischöfe beklagen Zunahme der Gewalt

Guatemala de la Asuncion (Fides) - Die Bischöfe Guatemalas bringen ihre "große Besorgnis" über die Zunahme der Gewalt zum Ausdruck, die bereits zahlreiche Opfer gefordert hat, darunter Kinder, Frauen und viele unschuldige Menschen, "die nur ein ehrenwertes Auskommen für ihre Familien suchten", sowie Mitarbeiter Ordnungskräfte. Angesichts der "zunehmenden Gewalt, der Polarisierung und der Konflikte" in und zwischen den Gemeinden Nahuala und Santa Catarina Ixtahuacan im Departement Solola verurteilen die guatemalteckischen Bischöfe mit Nachdruck "den Einsatz von Gewalt als Mittel zum Zweck". Sie bekräftigen, dass "Gewalt nur zu mehr Gewalt führt" und fordern dass "das organisierte Verbrechen, soweit es hinter den Ereignissen steht, aufgedeckt und die Verantwortlichen verhaftet, verurteilt und bestraft werden müssen". In einer gemeinsamen Botschaft vom 8. Januar 2022 erinnern die Bischöfe an die gewaltsamen Konflikte zwischen den beiden indigenen Gemeinschaften von Nahuala und Santa Catarina Ixtahuacan, die sich seit mehr als einem Jahrhundert wegen Grenzfragen streiten. Guatemala gehört zu den 15 Ländern der Welt mit der höchsten Gewaltrate, und der Konflikt zwischen den beiden Gemeinschaften hat auch den Präsidenten Guatemalas bereits vor einigen Monaten veranlasst, eine Art Belagerungszustand über die beiden Gemeinden zu verhängen.

"Wir appellieren an alle Mitglieder dieser Gemeinden und insbesondere an ihre anerkannten Anführer, friedliche und rechtmäßige Mittel zu suchen, um ihre jeweiligen Standpunkte zu vertreten oder ihre Rechte zu wahren", fordern die Bischöfe und erinnern an die grundlegende Bedeutung des Dialogs zur Lösung von Problemen. "Aus diesem Grund rufen wir die nationalen und lokalen Behörden auf, weiterhin nach Lösungen zu suchen, die die Gewalt entschärfen", schreiben die Bischöfe und appellieren insbesondere an Pfarrgemeinden, Seelsorger und alle Männer und Frauen guten Willens, "für den Frieden zu arbeiten und zu beten".

(SL) (Fides 10/1/2022)

Honduras: Indigener Menschenrechtskämpfer und Umweltaktivist wurde ermordet

Tegucigalpa (Fides) - "Wir verurteilen die Ermordung des Vertreters des Volkes der Lenca, Pablo Isabel Hernández, am Sonntag, den 9. Januar, im Westen von Honduras, auf das Schärfste. Er war Wortgottesdienstleiter, Direktor von "Radio Tenán, der indigenen Stimme der Lenca", Menschenrechtsaktivist und Umweltschützer, Präsident des Netzwerks der Agrarökologen der Biosphäre Cacique Lempira, Förderer der Universität für Indigene und Völker und Bürgermeister von La Auxiliaria de La Vara Alta de Caiquín, im Departement Lempira", heißt es in einer gemeinsamen Erklärung, des Präsidenten des Rates der Lateinamerikanischen Bischofskonferenzen, Erzbischof Miguel Cabrejos Vidarte von Trujillo, und des Präsidenten des Kirchennetzwerks für ökologische Belange (REMAM), Erzbischof Gustavo Rodríguez Vega von Yucatan, zum Mord an Pablo Isabel, der in der Gemeinde San Marcos de Caiquín, Departement Lempira, von Unbekannten mit einem Schuss in den Rücken getötet wurde.

"Pablo war ein Mann Gottes", heißt es in der Erklärung, "der seine Familie liebte, sein Volk liebte und das Gemeinsame Haus respektierte und sich dafür engagierte. Am Sonntagmorgen ging er in die Gemeinde, um eine Wortgottesfeier zu leiten. Jetzt hat für ihn der Sonntag keinen Sonnenuntergang mehr".

Die beiden Präsidenten von CELAM und REMAM sprechen Pablos Frau, Kindern, Verwandten und Freunden ihr Beileid aus und bekunden gleichzeitig ihre Unterstützung "für die Menschen in Honduras, die Opfer mächtiger krimineller Netzwerke sind, die das Land weltweit zu einem der gefährlichsten Länder für Umweltaktivisten gemacht haben".

Gemeinsam mit der honduranischen Bevölkerung, internationalen Institutionen und Organisationen sowie Menschenrechts- und Umweltaktivisten fordert das Kommuniqué "die rasche Aufklärung dieses feigen Verbrechens durch die zuständigen Behörden sowie die Überstellung der Verantwortlichen an die Strafjustiz und die sofortige Umsetzung von Schutzmaßnahmen für Aktivisten der Sozial-, Umwelt- und Menschenrechtsbewegung in Honduras".

Das Netzwerk "Iglesias y Minería" verurteilte ebenfalls "mit Nachdruck und Schmerz die Ermordung des Menschenrechtsverteidigers und Kommunikators" und forderte die Behörden auf, "eine schnelle, umfassende und unabhängige Untersuchung durchzuführen, die auch die von Pablo Hernández geleistete Arbeit zum Schutz der Menschenrechte berücksichtigt". Die internationale Öffentlichkeit ist aufgerufen, sich dafür einzusetzen, dass in Honduras und in allen anderen Ländern Wahrheit, Gerechtigkeit und Wiedergutmachung für die Opfer dieser Art von Verbrechen gewährleistet werden, und gleichzeitig Journalisten und Medien zu schützen und zu unterstützen, die "die Demokratie fördern und die Rechte der Menschen, der Gemeinschaften und der Natur verteidigen".

(SL) (Fides 12/1/2022)

Indien: Anti-Konversions-Gesetz – Ein teilweise selbstkritischer Kommentar von „Barnabas Fund“

IIRF-D/BF/Tübingen/13.01.22 - Die Zunahme der gemeldeten Angriffe auf Kirchen und christliche Schulen in ganz Indien ist bezeichnend für den zunehmenden Hass und die Gewalt gegen Christen durch extremistische Teile der indischen Gesellschaft.

Bei einem Vorfall brachen Extremisten während eines Gebetstreffens in ein Haus in Belgavi ein und griffen Familienmitglieder gewaltsam an. In einem anderen Fall drang ein Mob während einer Weihnachtsfeier in eine Schule in Mandya ein und befahl, die Feierlichkeiten zu beenden.

Bei beiden Vorfällen wurden die Christen beschuldigt, auf unrechtmäßige Weise Konvertiten gewinnen zu wollen. Beide Vorfälle ereigneten sich in Karnataka.

Karnataka ist dabei, der zehnte indische Bundesstaat zu werden, der ein Anti-Bekehrungsgesetz verabschiedet - ein Gesetz, das den Versuch verbietet, Konvertiten durch Gewalt, Betrug oder Verlockung zu gewinnen. Ein entsprechender Gesetzentwurf wurde am 23. Dezember von der Gesetzgebenden Versammlung Karnatakas verabschiedet und wird nun zu einem noch zu bestätigenden Termin vom „Legislativrat“ angehört.

Indiens Anti-Konversionsgesetze scheinen auf den ersten Blick im Widerspruch zur Religionsfreiheit zu stehen, doch in Wirklichkeit können sie dazu dienen, diejenigen zu schützen, die durch Zwang gefährdet sind.

In der Geschichte haben einige westliche Missionare bedauerlicherweise mit Gewalt, Betrug oder Verlockung nach Bekehrten gesucht. Es ist anzunehmen, dass Kirchen, die heute ein „Wohlstandsevangelium“ predigen, immer noch versuchen, durch Betrug und Bestechung Konvertiten - und deren Geld - zu gewinnen. Die Regierungen der indischen Bundesstaaten haben die Pflicht, diese Art von Aktivitäten zu verhindern, unabhängig davon, ob sie von Christen, Muslimen, Hindus oder Angehörigen anderer Religionen durchgeführt werden.

Es gibt jedoch zwei Probleme. Das eine ist, dass die einfache, ungeschminkte Botschaft des Evangeliums selbst als eine Form der Verlockung angesehen werden kann. Die Verheißung der Vergebung der Sünden, der Gemeinschaft mit Gott und des ewigen Lebens kann ebenso unter Strafe gestellt werden wie Bestechung, Drohungen und Tricks.

Zum anderen ermutigen diese Gesetze Radikale und Extremisten, deren einziges Ziel Gewalt und Einschüchterung zu sein scheint.

Die indischen Behörden haben zwar Recht, wenn sie Betrüger und Trickbetrüger kriminalisieren, aber sie müssen auch Maßnahmen ergreifen, um Frieden und Sicherheit für indische Christen zu gewährleisten, die nur ihren Glauben ohne Angst vor Angriffen praktizieren wollen. Indien ist für seine in der Verfassung garantierte Freiheit, "sich zu einer Religion zu bekennen, sie auszuüben und zu verbreiten", zu loben. Es wäre eine Tragödie, wenn dieses Bekenntnis zur Religionsfreiheit zu einem toten Buchstaben würde.

Quelle: Barnabas Fund 11. Januar 2022

Indien: Christliche Familien aufgrund ihres Glaubens sozial boykottiert

International Christian Concern - Am 22. November wurden acht christliche Familien aus dem Dorf Bansgoam im indischen Bundesstaat Chhattisgarh zu einer Dorfversammlung vorgeladen, wo sie aufgefordert wurden, ihren Glauben zu widerrufen. Als sie sich weigerten, wurde ein sozialer Boykott gegen die christlichen Familien verhängt, bis sie das Dorf verließen oder ihren Glauben widerriefen.

Nach Angaben eines christlichen Dorfbewohners wurden die christlichen Familien am 22. November gegen 10 Uhr morgens zu einer Versammlung einberufen. Rund 100 Dorfbewohner, darunter auch der ehemalige Dorfvorsteher, waren bei diesem Treffen anwesend.

Der ehemalige Dorfvorsteher sagte den Christen, dass die Götter und Göttinnen des Dorfes wegen der Christen und der Ausübung ihres Glaubens verärgert seien. Er verlangte von den Christen, ihren Glauben zu widerrufen.

Als die Christen sich weigerten, beschimpften die Dorfvorsteher unter der Führung von Bajju Netam und Jagdev Netam die Christen und forderten sie auf, das Dorf zu verlassen. Der ehemalige Dorfvorsteher ordnete einen sozialen Boykott gegen die christlichen Familien an und verweigerte ihnen das Recht, Wasser aus dem Dorfbrunnen zu holen, auf den Straßen zu gehen, ihre Toten zu begraben und für ihre Arbeit bezahlt zu werden.

"Nach der Dorfversammlung haben die Dorfvorsteher den Brunnen, aus dem das Trinkwasser entnommen wird, mit einem Schloss versehen", berichtet Ganesh, ein christlicher Dorfbewohner, gegenüber International Christian Concern (ICC). "Die Dorfbewohner drohen weiterhin, dass sie uns aus dem Dorf vertreiben und töten werden. Wir halten unser Leben in unseren Händen und fühlen uns im Dorf sehr unsicher. Niemand im Dorf spricht auch nur mit uns."

Am 25. November trafen die Christen mit den örtlichen Behörden zusammen und baten um Schutz vor ihren Dorfbewohnern. Der örtliche Bürgermeister forderte die Christen auf, nach Bansgoam zurückzukehren, und versprach, das Problem zu lösen. Die Situation bleibt jedoch gefährlich, da radikale Hindu-Nationalisten die Christen weiterhin belästigen und bedrohen, das Dorf zu verlassen oder ihren Glauben aufzugeben.

In den letzten Monaten ist die religiös motivierte Gewalt in Chhattisgarh stark eskaliert. Antichristliche Kundgebungen unter der Führung radikaler Hindu-Nationalisten und ein Rundschreiben des Polizeichefs des Distrikts Sukma, indem eine Untersuchung angeblicher illegaler Konversionen angeordnet wurde, haben neue Gewalttaten ausgelöst. Im letzten Monat hat die ICC mindestens 18 Vorfälle von Christenverfolgung in Chhattisgarh dokumentiert.

Quelle: International Christian Concern; www.persecution.org

Aus dem Englischen übersetzt und überarbeitet von AKREF

Indien: Mutter-Teresa-Schwestern dürfen wieder Spenden erhalten

Wie ORF berichtet, hat die indische Regierung ihr Verbot für ausländische Finanzierung für Wohltätigkeit ([wir berichteten](#)) revidiert. Der österreichische Dienst berichtet:

Die indische Regierung hat ein Spendenverbot für die von Mutter Teresa gegründete Hilfsorganisation Missionaries of Charity (dt. Missionarinnen der Nächstenliebe) aufgehoben. Damit darf der Frauenorden wieder Geld von Gebern aus dem Ausland annehmen, wie der asiatische Pressedienst Ucanews laut Kathpress heute berichtete. Sunita Kumar, Sprecherin des Ordens, äußerte sich erleichtert. Damit habe der Orden nicht gerechnet.

Die hindu-nationalistische Regierung in Neu-Delhi hatte das Spendenverbot am 27. Dezember verhängt. Zur Begründung hieß es, dass die Hilfsorganisation die „Eignungskriterien“ dafür nicht mehr erfülle. Der Frauenorden betreibt in ganz Indien Unterkünfte für Arme und Obdachlose. Der Zeitung „The Hindu“ zufolge erhielt der Orden im Haushaltsjahr 2020/21 aus dem Ausland 750 Millionen US-Dollar (662 Millionen Euro).

„Atemberaubenden Christenfeindlichkeit“

Nach dem Verbot durch die Regierung waren Befürchtungen laut geworden, dass die Missionarinnen der Nächstenliebe einen Großteil ihrer Arbeit künftig nicht mehr finanzieren könnten. Die Entscheidung wurde damals als eine weitere Schikane der hindu-nationalistischen Politik gegen die Christen im Land gewertet. Die Politik von Premier Narendra Modi gehe mit einer „atemberaubenden Christenfeindlichkeit“ einher, warnte etwa der Nationaldirektor der Päpstlichen Missionswerke (Missio) in Österreich, P. Karl Wallner.

Die aus dem heutigen Nordmazedonien stammende Mutter Teresa wurde durch ihre Arbeit mit Armen, Obdachlosen, Kranken und Sterbenden in Indien weltweit bekannt. 1979 erhielt sie dafür den Friedensnobelpreis. In der katholischen Kirche wird Mutter Teresa, die im September 1997 in Kalkutta starb, als Heilige verehrt.

red, ORF.at/[Agenturen](#)

Wie ORF berichtet, hat die indische Regierung ihr Verbot für ausländische Finanzierung für Wohltätigkeit ([wir berichteten](#)) revidiert. Der österreichische Dienst berichtet:

Die indische Regierung hat ein Spendenverbot für die von Mutter Teresa gegründete Hilfsorganisation Missionaries of Charity (dt. Missionarinnen der Nächstenliebe) aufgehoben. Damit darf der Frauenorden wieder Geld von Gebern aus dem Ausland annehmen, wie der asiatische Pressedienst Ucanews laut Kathpress heute berichtete. Sunita Kumar, Sprecherin des Ordens, äußerte sich erleichtert. Damit habe der Orden nicht gerechnet.

Die hindu-nationalistische Regierung in Neu-Delhi hatte das Spendenverbot am 27. Dezember verhängt. Zur Begründung hieß es, dass die Hilfsorganisation die „Eignungskriterien“ dafür nicht mehr erfülle. Der Frauenorden betreibt in ganz Indien Unterkünfte für Arme und Obdachlose. Der Zeitung „The Hindu“ zufolge erhielt der Orden im Haushaltsjahr 2020/21 aus dem Ausland 750 Millionen US-Dollar (662 Millionen Euro).

„Atemberaubenden Christenfeindlichkeit“

Nach dem Verbot durch die Regierung waren Befürchtungen laut geworden, dass die Missionarinnen der Nächstenliebe einen Großteil ihrer Arbeit künftig nicht mehr finanzieren könnten. Die Entscheidung wurde damals als eine weitere Schikane der hindu-nationalistischen Politik gegen die Christen im Land gewertet. Die Politik von Premier Narendra Modi gehe mit einer „atemberaubenden Christenfeindlichkeit“ einher, warnte etwa der Nationaldirektor der Päpstlichen Missionswerke (Missio) in Österreich, P. Karl Wallner.

Die aus dem heutigen Nordmazedonien stammende Mutter Teresa wurde durch ihre Arbeit mit Armen, Obdachlosen, Kranken und Sterbenden in Indien weltweit bekannt. 1979 erhielt sie dafür den Friedensnobelpreis. In der katholischen Kirche wird Mutter Teresa, die im September 1997 in Kalkutta starb, als Heilige verehrt.

red, ORF.at/[Agenturen](#)

Iran: Christin erneut angeklagt

IIRF-D/BF/Tübingen/13.01.22 - Roksari Kanbari, eine zum Islam konvertierte iranische Christin, die bereits wegen "Propaganda gegen das Regime" im Gefängnis gesessen hat, wurde erneut vorgeladen, um sich vor Gericht zu verantworten.

Die 64-Jährige wurde aufgefordert, bis zum 19. Januar vor einem Staatsanwalt in ihrer Heimatstadt Karaj zu erscheinen, weil sie "das Verbrechen begangen hat, an Jesus Christus zu glauben", wie Roksari Kanbari es nannte.

Kurz bevor Roksari Kanbari im Oktober 2019 ins Gefängnis kam, sagte sie: "Möge die Verfolgung und Inhaftierung, die ich erlebe, den Namen Jesu Christi verherrlichen."

Ein Freund der Familie sagte, Roksari erhole sich immer noch von dem Trauma ihrer Inhaftierung im Oktober 2019 und den intensiven Verhören durch iranische Geheimdienstbeamte. Sie verbüßte vier Monate einer einjährigen Haftstrafe, bevor sie im März 2020 im Rahmen von Maßnahmen des Gefängnissystems zur Eindämmung der Ausbreitung von Covid entlassen wurde.

Roksari ist besonders besorgt über die Aussicht auf eine weitere Haftstrafe, da sie die Hauptpflegeperson für ihren 71-jährigen Ehemann Fathalli ist, der sich in einem schlechten Gesundheitszustand befindet. Während ihrer letzten Inhaftierung wurde er einmal bewusstlos aufgefunden, nachdem er zwei Tage lang nichts gegessen hatte.

Nach ihrer Entlassung aus dem Gefängnis wurde Roksari gezwungen, mehrere Wochen lang an "Umerziehungs"-Kursen mit einem islamischen Geistlichen teilzunehmen und islamische Bücher zu lesen, über die sie später geprüft wurde.

Die Behörden untersagten ihr auch jeden weiteren Kontakt mit Christen. Ihren christlichen Freunden aus der assyrischen Gemeinde Irans, denen die Behörden gestatten, ihre Gottesdienste in ihrer eigenen Sprache abzuhalten, wurde der Umgang mit ihr untersagt.

Roksaris Fall erregte im August 2019 internationales Aufsehen, als der ehemalige US-Vizepräsident Mike Pence twitterte, er sei "entsetzt", dass sie "für die Ausübung ihrer Religionsfreiheit" inhaftiert werden solle.

Die iranische Regierung scheint die Strategie zu verfolgen, Konvertiten (und andere nicht anerkannte religiöse Gruppen) zu schikanieren, um sie zur Auswanderung oder zur Rückkehr zum Islam zu bewegen. Es ist eine gängige Taktik der Behörden, Konvertiten immer wieder freizulassen und zu verhaften, um sie psychisch zu erschöpfen, ihnen Angst zu machen und sie zu einer von zwei Entscheidungen zu zwingen: sich zu bekennen und zum Islam zurückzukehren oder aus dem Land zu fliehen.

Im November 2021 ([wir berichteten](#)) fällte ein Richter in der iranischen Stadt Dezful ein bedeutendes Urteil, als er acht christliche Konvertiten wegen "Propagandaaktivitäten zugunsten regimfeindlicher Gruppen" freisprach und entschied, dass "religiöse Konversion" im islamischen Strafgesetzbuch des Iran nicht unter Strafe steht.

Quelle: Barnabas Fund 6. Januar 2022

Kasachstan: Die derzeitige Lage unter den Christen

Wir bitten Sie herzlich, für die politischen Entwicklungen und die Menschen in Kasachstan zu beten.

(Licht im Osten) In der letzten Zeit ist es zu Unruhen und gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Teilen der Bevölkerung und Einsatzkräften gekommen. Auslöser war die Auflehnung der Bevölkerung gegen die von der Regierung drastisch erhöhten Treibstoff-Preise. Es kam zu Festnahmen, Verletzten und Toten. Für einige Tage war das Internet stillgelegt.

Die Leiterin vom HAUS DER HOFFNUNG (einer sozial-diakonischen Einrichtung von LICHT IM OSTEN) in Almaty berichtet: „Die Unruhen fanden gleichzeitig an verschiedenen Stellen in Almaty statt. Etwa 6.000 Personen wurden verhaftet und ca. 200 Menschen sind umgekommen. Mehr als 1.000 Geschäfte wurden geplündert. Da viele in der Umgebung wissen, dass im HAUS DER HOFFNUNG Lebensmittel und weitere Hilfsgüter gelagert sind, war zu befürchten, dass es auch hier zu einem Überfall kommt. Fünf Nächte lang hielten Mitarbeiter im Hof Wache und beteten. Tags-über schliefen sie dann abwechselnd. Aber wir sind verschont geblieben. Auch Gemeindehäuser sind verschont geblieben. Unserem Gott sei Dank dafür!“

Ein leitender evangelischer Christ in Kasachstan berichtete am 9. Januar, dass sich die Lage im Land zu stabilisieren beginne: „Lasst uns dem Herrn dafür danken. Die vergangenen Tage waren sehr schwer, voller Angst und Panik. Menschen haben uns angerufen und um Fürbitte gebeten. Wir haben als Kirche Jesu Christi intensiv zu Gott gebetet, 24 Stunden am Tag haben wir gebetet und gefastet. In den vergangenen Tagen war zwar die Internetverbindung unterbrochen, aber die Verbindung zu Gott blieb ununterbrochen bestehen. Wir haben gebetet für diejenigen, die in Todesgefahr waren, sowie für unseren Präsidenten und die Regierung, damit das Blutvergießen ein Ende findet und der Friede im Land wiederhergestellt wird.“

Darüber hinaus haben die Christen einander ermutigt und geholfen. Sie haben ganz elementare Dinge wie Brot miteinander geteilt. Gemeinden haben warme Mahlzeiten für diejenigen gekocht, die im Krankenhaus lagen.

Besonders dankbar sind wir der großen Schar von Freunden in vielen anderen Ländern, die uns Nachrichten geschickt haben in Momenten, in denen es für kurze Zeit eine Internetverbindung gab, und uns mitgeteilt haben, dass sie für unser Land beten. Dieses Wissen um die Fürbitte der Glaubensgeschwister hat uns ganz viel Kraft gegeben und uns sehr ermutigt.

Lasst uns die Zeit, die uns noch geschenkt ist, dazu nutzen, das Evangelium zu verkündigen, denn der Herr ist nahe.“

Gerade in diesen Tagen läuft in Kasachstan auch eine LICHT IM OSTEN-Verteilaktion von 10.000 Kalendern mit Bibelworten.

Bitte beten Sie mit uns

☒ um Besonnenheit und Weisheit für die Regierungsverantwortlichen.

☒ dass die Menschen in dieser unsicheren Lage Halt bei Jesus Christus suchen.

☒ dass Frieden und Stabilität zum Wohle des Volkes einkehren.

☒ dass die Kalender gerne angenommen und gelesen werden; dass die Bibelworte im Verlauf dieses Jahres in die Herzen der Menschen eindringen und Glauben wecken.

☒ um weiteren Schutz für das HAUS DER HOFFNUNG und die christlichen Gemeinden vor Überfällen und Raub.

Kasachstan: Gesetzesänderung bringt neue Hindernisse bei der Abhaltung religiöser Veranstaltungen

AKREF-A/F18/09.01.2022 -

Am 29. Dezember 2021 unterzeichnete Präsident Kasym-Zhomart Tokayev eine Novelle zum Religionsgesetz, durch welche die Abhaltung religiöser Veranstaltungen außerhalb staatlich registrierter Gottesdienststätten erschwert wird. Durch die neuen Bestimmungen ändert sich nichts daran, dass nicht staatlich registrierte Religionsgemeinschaften kein Existenzrecht haben und jede Ausübung der Religions- bzw. Glaubensfreiheit durch diese Gemeinschaften illegal ist. Staatlich registrierte Religionsgemeinschaften, die eine Pilgerfahrt oder eine andere Veranstaltung außerhalb ihrer eigenen staatlich registrierten Gottesdienststätte abhalten wollen, müssen zuvor um staatliche Erlaubnis ansuchen. Der Gesetzestext spricht zwar von „Verständigung“, jedoch müssen die Behörden ausdrücklich eine Erlaubnis erteilen. Diese zu erwirken kann mühsam werden, da den örtlichen Beamten viele Wege offen stehen, derartige Anträge willkürlich abzulehnen. So müsste die Erlaubnis mindestens 10 Tage vor dem geplanten Datum der Veranstaltung bei den Ortsbehörden beantragt werden. Bei Antragstellung wären umfangreiche detaillierte Angaben zu machen, so etwa Datum, Zeit des Beginns und Endes der Veranstaltung, wie die Menschen an den Ort der Veranstaltung kommen, ob Lautsprecher verwendet werden und wie viele Fahrzeuge beteiligt sein werden, sowie deren Fahrtroute. Einige der vorgenannten Details sind nur schwer vorherzusagen. Manche Gemeinschaften befürchten, dass die Polizei die neuen Regeln auch auf regelmäßige Gottesdienste in gemieteten Gebäuden anwenden könnte. Eine derartige Auslegung der Bestimmungen würde verschiedene protestantische Gemeinden, Zeugen Jehovas, Anhänger der Hare Krishna Bewegung und andere kleine Gemeinschaften treffen, die über keine eigenen Gebäude verfügen. Ein Rechtsexperte, der nicht namentlich genannt werden will, erklärte gegenüber Forum 18, dass für die Umsetzung der geforderten Maßnahmen keine Gesetzesänderung notwendig gewesen wäre, man hätte nur die bestehenden Regelungen für öffentliche Versammlungen, die ebenfalls als problematisch eingestuft werden, anwenden müssen. Der Rechtsexperte meinte weiters, dass alles davon abhängen würde, wie die Polizei und andere staatliche Stellen das neue Gesetz anwenden. „Wenn sie diese neuen Regeln nur auf Gottesdienste an öffentlichen Orten und im Freien anwenden, wie etwa auf öffentlichen Plätzen, in Kongresszentren oder in einem Stadion, sehe ich keine ernsthaften Probleme.“

Quelle: Forum 18, Oslo (Bericht vom 7. Januar 2022).

Deutsche Fassung: Arbeitskreis Religionsfreiheit der ÖEA

Kasachstan: Gottesdienste sind verboten

Erzbischof der evangelisch-lutherischen Kirche in Kasachstan ruft zur Fürbitte auf

Rostock/Nur-Sultan (IDEA) – In Kasachstan sind alle Gottesdienste bis zum 19. Januar verboten. Das berichtet die mecklenburgische Ökumenepastorin Melanie Dango (Rostock) unter Berufung auf Erzbischof Jurij Novgorodov (Nur-Sultan/früher Astana) von der Evangelisch-Lutherischen Kirche in der Republik Kasachstan. In dem zentralasiatischen Land herrscht Ausnahmezustand, nachdem es zum Jahreswechsel zunächst wegen erhöhter Treibstoffpreise zu gewaltsamen Protesten gekommen war. Im Zuge der Unruhen trat die Regierung zurück. Präsident Kassym-Schomart Tokajew rief die Bürger zur Mäßigung auf. Zugleich bat er ein von Russland geführtes Militärbündnis um Unterstützung. Inzwischen erteilte er einen Schießbefehl gegen Demonstranten, um die Unruhen zu beenden. Mittlerweile sind auch russische Fallschirmjäger in Kasachstan gelandet. Sie verstehen sich als Friedenstruppen. Es gab bereits viele Tote und Verletzte, besonders in der mit 1,9 Millionen Einwohner größten Stadt des Landes Almaty. Nach den Worten des Erzbischofs ist das Gottesdienstverbot für die Orthodoxe Kirche besonders bitter, „weil sie am 6. und 7. Januar Weihnachten feiert“. Novgorodov rief dazu auf, für eine friedliche Lösung des Konfliktes in dem Land zu beten. Zur lutherischen Kirche in Kasachstan gehören 80 Gemeinden mit rund 5.000 Mitgliedern.

Unruhen kamen nicht überraschend

Wie die mecklenburgische Ökumenepastorin mitteilte, kamen die Proteste nicht überraschend: „Die Menschen sind schon seit vielen Jahren unzufrieden mit einem vielfach korrupten System, das die Machteliten rund um den ehemaligen Präsidenten Nursultan Nasarbajew bevorteilte, der letztlich auch nach seinem Rücktritt 2019 noch immer alle Fäden in der Hand behielt.“ Der große Reichtum an Rohstoffen des Landes komme bei vielen Menschen nicht an..

Kirchliche Partnerschaft seit den 1970er Jahren

Die Partnerschaft mit dem Lutheranern in Kasachstan ist die älteste der kirchlichen Partnerschaften in Mecklenburg. Sie reicht in die 1970er-Jahre zurück. Der damalige Landesbischof Heinrich Rathke – er bekleidete das Amt von 1971 bis 1984 – war bei einem Ökumenetreffen nach Kasachstan eingeladen worden und hatte beim Aufbau der kirchlichen Strukturen geholfen. Seit 2010 unterstützt der Kirchenkreis Mecklenburg der Nordkirche den Jugendaustausch mit Kasachstan und fördert dort die kirchliche Arbeit mit Kindern und Jugendlichen. Auch beim Bau der ersten lutherischen Kirche in der Hauptstadt Nur-Sultan, die 2017 eingeweiht wurde, halfen Lutheraner aus Mecklenburg finanziell. Von den 18,7 Millionen Einwohnern Kasachstans sind rund 70 Prozent Muslime und rund 26 Prozent Christen, die meisten davon russisch-orthodox. Mitglieder protestantischer Kirchen werden nach Angaben von Menschenrechtsorganisationen häufig als Angehörige einer fremdartigen Sekte betrachtet, die die Regierung stürzen will.

Kasachstan: Katholische Missionare zur Lage im Land

“Antiwestliche Kampagne ist nicht ausgeschlossen“

Almaty (Fides) - Es handele sich nicht mehr nur um einfache Straßenprotest gegen hohe Stromrechnungen: Der Aufstand, der Kasachstan seit dem 5. Januar in Aufruhr versetzt, sei inzwischen eine echte politische Krise, die vor allem von der neuen oberen Mittelschicht vorangetrieben werde und eventuell auch zu antiwestlichen Kampagne führen könne. Dies betont der italienische Pater Edoardo Canetta, der seit zwanzig Jahren Missionar in Kasachstan, davon fünf Jahre als Generalvikar für Zentralasien, war und heute Dozent an der „Accademia Ambrosiana“ in Mailand ist, gegenüber Fides: "Bis letztes Jahr", stellt er fest, „kostete der Kraftstoff in Kasachstan 40 Cent pro Liter, ein Preis, der in Italien schon lange undenkbar ist. Heute haben sich diese Preise verdoppelt, und gleichzeitig hat die Inflation sehr hohe Spitzenwerte erreicht. All dies hat zu gewalttätigen Protesten der Mittelschicht geführt: Diese Bürger fühlen sich am meisten betroffen, da die Armen keine Autos besitzen. Die Menschen können nicht verstehen, warum ein Land, das auf Gas und Öl "schwimmt", selbst so viel für Öl und Gas bezahlen muss“.

Dieses Phänomen, erklärt Pater Canetta, sei auf die mehrjährigen Verträge zurückzuführen, die unmittelbar nach dem Zusammenbruch der UdSSR zwischen Kasachstan und den großen Öl- und Energiekonzernen geschlossen wurden: "Als die Sowjetunion zusammenbrach, befand sich Kasachstan, wie alle Länder der Region, in einem Zustand absoluter Armut. Deshalb hat sie sich auf Verträge geeinigt, die noch heute und für mehrere Jahre gültig sind und nach denen nur ein sehr geringer Prozentsatz der Gewinne aus der Förderung an das Land geht. Es sind also die großen ausländischen Unternehmen, die sich durch diese Tätigkeit auf kasachischem Gebiet bereichert haben, die andererseits Investitionen unterstützt und Technologie, Forschung und Humanressourcen eingebracht haben. Die kasachische Bevölkerung versteht jedoch den Grund für diese Vereinbarungen nicht und beansprucht weiterhin das Eigentum an den Vorkommen. Aus diesem Grund ist es, wie auch immer die Proteste dieser Tage verlaufen, ist es gut möglich, dass die Schuld auf die Ausländer abgewälzt wird und dass eine nationalistische Kampagne, insbesondere gegen den Westen, geführt wird“.

Die jüngsten Unruhen begannen in den frühen Morgenstunden des 5. Januar und betraf mehrere kasachische Städte, sein Epizentrum war jedoch Almaty, die Finanzhauptstadt im Süden Kasachstans. Dutzende von Demonstranten wurden bei den Zusammenstößen verletzt oder getötet, 18 Polizeibeamte verloren ihr Leben und mehr als 2.000 Menschen wurden festgenommen. Einige Demonstranten besetzten und plünderten Fernsehstationen und Flughäfen, was zur Aussetzung von Flugverbindungen führte.

Seit den ersten Stunden der Unruhen ist das Land isoliert: Die Telefonverbindungen sind prekär und die Internetverbindung ist fast vollständig ausgefallen, wie Pater Guido Trezzani, Leiter der Caritas, der in Talgar, einer Stadt wenige Kilometer von Almaty entfernt, lebt, gegenüber Fides bestätigt: "Seit zwei Tagen“, so der Missionar, „wurde aufgrund der Unruhen, die in verschiedenen Teilen des Landes ausgebrochen sind, der Ausnahmezustand verhängt. Die erste Folge ist, dass das Internet und alle damit verbundenen Dienste blockiert werden. Gelegentlich ist es möglich, E-Mails zu nutzen, aber andere Dienste wie Skype und soziale Medien wurden blockiert“.

Wie ein Mitarbeiter der Caritas Kasachstan gegenüber Fides berichtete, können die Mitarbeiter der katholischen Hilfsorganisation mit Sitz in Almaty seit zwei Tagen nicht mehr ins Büro gehen: "Wir sind etwa eine Meile vom Regierungsgebäude entfernt und hören Schüsse, aber wir wissen nicht, was sie bedeuten. Es geht uns allen gut, aber ich denke, es ist im Moment am sichersten, zuhause zu bleiben“.

In der Zwischenzeit sind zwar von Russland entsandte Truppen zur Unterstützung der Regierung im Land eingetroffen, doch das kasachische Außenministerium hat in einer Mitteilung betont, dass "die Rechte und Interessen aller Vertreter unseres multiethnischen und multireligiösen Volkes sowie die Sicherheit ausländischer Bürger im Land, einschließlich diplomatischer Vertreter und Journalisten" weiterhin gewährleistet werden sollen.

(LF) (Fides 7/1/2022)

Kasachstan: Nach Ausschreitungen in Almaty

“Viele Stadtteile sind völlig verwüstet“

Almaty (Fides) - "Die Lage im Gebiet von Almaty stabilisiert sich langsam. Nun beginnen wir, eine Bilanz der Katastrophe zu ziehen: einige Stadtteile sind völlig verwüstet, die anscheinend von Bomben getroffen wurden. Jetzt ist es an der Zeit, neu anzufangen: Es wird viel Arbeit geben, um alles wieder auf die Beine zu stellen, in jeder Hinsicht, sowohl materiell als auch menschlich, aber wir müssen vorwärts kommen", so Pater Guido Trezzani, Missionar in Kasachstan und Direktor der lokalen Caritas, gegenüber Fides nach den jüngsten Unruhen im Land.

"In diesen Tagen wird die Regierung einen Interventionsplan für den Wiederaufbau aufstellen, auf dessen Grundlage wir, wenn sie es uns erlauben, bereit sein werden, als Caritas Kasachstan zu intervenieren", bekräftigt der Missionar.

Caritas Kasachstan hat ihren Hauptsitz in Almaty, der Finanzhauptstadt des Landes, die am stärksten von den Ausschreitungen betroffen ist. Die Demonstrationen in Kasachstan, die in den frühen Morgenstunden des 5. Januar aus Protest gegen hohe Stromrechnungen begannen, schlugen in Gewalt um und forderten Tote und Verletzte, insbesondere in der ehemalige Hauptstadt Almaty.

In den letzten Tagen, so eine lokale Quelle gegenüber Fides, habe auch das völlige Fehlen einer Internetverbindung den Menschen den Alltag erschwert: "Wir sind heute daran gewöhnt, alles mit Geldautomaten zu bezahlen. Keiner von uns war auf die Möglichkeit vorbereitet, dass elektronische Zahlungsmittel tagelang nicht verfügbar waren, so dass viele Menschen Schwierigkeiten hatten, ihre Einkäufe zu erledigen. Außerdem waren die Supermärkte wegen des Notstands drei Tage lang geschlossen. Seit gestern haben sie wieder regelmäßig geöffnet: Es gibt keine Versorgungsengpässe, auch wenn es derzeit an Brot mangelt. Seit gestern, dem 10. Januar, ist der Internetzugang in bestimmten Zeitfenstern möglich".

In Kasachstan gibt es vier katholische Diözesen mit insgesamt 70 Pfarreien mit 91 Priestern, darunter 61 Diözesanpriester und 30 Ordensleute. Die Katholiken sind eine kleine Minderheit: Nach offiziellen Angaben des kasachischen Außenministeriums sind von den mehr als 17 Millionen Einwohnern des Landes etwa 26 % Christen und davon 1 % Katholiken.

(LF) (Fides 11/1/2021)

Kasachstan: Neues Religionsgesetz versetzt Christen in Sorge

Geplante Verschärfung bedroht besonders kleinere Gemeinschaften

(Open Doors, Kelkheim) – Am 29. Dezember, nur wenige Tage vor der Auflösung der Regierung, hat der kasachische Präsident Tokayev eine Änderungsvorlage des bestehenden Religionsgesetzes unterzeichnet. Sollte es wie geplant am 9. Januar in Kraft treten, so wären religiöse Zusammenkünfte außerhalb staatlich anerkannter Versammlungsorte künftig deutlich erschwert. Angesichts der aktuellen Krise im Land ist dies jedoch noch ungewiss.

Nicht registrierte Hauskirchen können sich schon seit 2011 nur noch heimlich treffen

Hohe Hürden für Gottesdienste außerhalb offizieller Kirchengebäude

Während die Welt derzeit auf die eskalierende Gewalt auf den Straßen Kasachstans blickt, sind Christen und andere religiöse Minderheiten im Land von anderer Seite bedroht. Die geplante Verschärfung der existierenden Religionsgesetze sieht eine Genehmigungspflicht für jede Art von Veranstaltung mit religiösem Charakter außerhalb dafür registrierter Räumlichkeiten vor. Konkret bedeutet dies

- mindestens 10 Arbeitstage im Voraus eine Genehmigung für derartige Veranstaltungen bei den örtlichen Verwaltungen einzuholen;
- genaue und ausführliche Angaben zu der geplanten Veranstaltung zu machen; dazu gehören das Datum, die Anfangs- und Endzeit, die Art, wie Teilnehmer anreisen, die Verwendung von Lautsprechern und die Anzahl der eingesetzten Fahrzeuge sowie deren Fahrtroute.

Die Umsetzung dieser sehr detaillierten Auflagen würde Veranstalter vor enorme Hürden stellen. Problematisch ist dies besonders für religiöse Gemeinschaften, die über kein eigenes Kirchengebäude verfügen, sondern sich in privaten Räumen treffen. Es wird befürchtet, dass auch Gottesdienste registrierter Gruppen in gemieteten Räumlichkeiten unter die neue Regelung fallen könnten. Nach Einschätzung eines für die Region zuständigen Mitarbeiters von Open Doors sind von den geplanten Verschärfungen vor allem die zahlreichen nicht registrierten Hauskirchen betroffen. Obwohl sie aufgrund der 2011 eingeführten Religionsgesetze bereits jetzt als illegale Gruppierungen gelten, würden die geplanten Neuerungen ihre Lage weiter verschärfen.

Seit Jahren vermehrt Überwachung, Razzien und Festnahmen

Die Religionsgesetze haben seit ihrem Inkrafttreten zu empfindlichen Einschränkungen der Religionsfreiheit in Kasachstan geführt. Seitdem kommt es verstärkt zur Überwachung von Veranstaltungen, Razzien und Festnahmen von Christen. Zahlreiche christliche Gemeinden treffen sich deshalb bereits heimlich.

Kasachstan beherbergt von allen Ländern Zentralasiens die größte Anzahl von Christen. Die meisten von ihnen gehören zur russischen Minderheit im Norden des Landes und sind Teil der Russisch-Orthodoxen Kirche. Diese ist als registrierte Gemeinschaft von den Einschränkungen der Religionsfreiheit bislang weniger stark betroffen. Der Großteil der übrigen Bevölkerung Kasachstans sind Muslime, die allerdings in der Regel lediglich islamischen Traditionen folgen und sich nicht strikt an alle muslimischen Lehren halten.

Auf dem [Weltverfolgungsindex 2021](#) steht [Kasachstan](#) an 41. Stelle der Länder, in denen Christen am stärksten wegen ihres Glaubens verfolgt werden.

Quellen: Forum18, Open Doors

Kasachstan: Von der Ausgangssperre zum pandemiebedingten Lockdown

Almaty (Fides) - Die Lage in Kasachstan habe sich nach den Unruhen, die am 5. Januar begonnen hatten, wieder "normalisiert", aber über den Straßen von Almaty liege "ein Schleier tiefer Traurigkeit". Dies berichtet Pater Guido Trezzani. Der italienische Missionar lebt und arbeitet in Talgar, in der Nähe von Almaty, und leitet als Direktor die das katholische Hilfswerk Caritas in Kasachstan. "Viele von uns empfinden angesichts dessen, was in den letzten Tagen in einem Teil der Bevölkerung geschehen ist, ein ungutes Gefühl", so der Missionar, „Abgesehen von den Kriminellen und Mördern, die all das verursacht haben, gibt es die Masse der normalen Menschen, die ihnen hinterher gelaufen sind: ganz normale Familienväter, Ehefrauen, Großeltern und Kinder haben mit einem Lächeln im Gesicht Geschäfte und Supermärkte geplündert, als wollten sie sagen: ‚Warum nicht? Jeder macht es‘. In der übrigen Bevölkerung herrschte große Traurigkeit und Verbitterung“.

Seit einigen Tagen versuchen die Menschen, zu einem normalen Leben zurückzukehren, "aber es herrscht immer noch eine große Spannung. Einige der Mütter, die am Caritas-Kasachstan-Projekt für Kinder mit Down-Syndrom beteiligt sind, leben in den am schlimmsten betroffenen Gebieten und haben immer noch Angst, ihre Häuser zu verlassen", erklärt Pater Trezzani, der hinzufügt: "Die gestrige Nachricht besagt, dass wir von einer Ausgangssperre im Zusammenhang mit den Unruhen direkt zu einem Lockdown infolge der Pandemie übergehen werden: Wir befinden uns hier wieder in der roten Zone, weil die Zahl der Covid-19-Infektionen anscheinend plötzlich gestiegen ist“.

Dies werde mit ziemlicher Sicherheit auch die Schließung von Schulen und einer Rückkehr Online-Unterricht führen: "Ich habe gehört, dass viele Lehrer die Familien kontaktieren, um zu fragen, ob sie einen Anschluss und einen Computer haben. Das wäre ein großes Problem für uns, denn unsere Kinder wollen unbedingt zur Schule gehen“. Im so genannten „Arche-Dorf“ beherbergt die Caritas etwa 70 Kinder, Waisen oder Kinder aus gefährdeten Familien, und etwa 30 Kinder mit körperlichen oder geistigen Behinderungen.

Bereits während des ersten Lockdowns im Jahr 2020 hatte Pater Trezzani gegenüber Fides auf die Schwierigkeiten hingewiesen, die mit dem Online-Unterricht für diese Kinder verbunden sind: "Wenn Eltern in der ganzen Welt mit der Schließung von Schulen die Schwierigkeiten des Fernunterrichts erfahren haben, so haben sich diese Komplikationen für uns aufgrund der großen Anzahl von Kindern im Schulalter vervielfacht. Sie alle müssen mit technologischen Hilfsmitteln ausgestattet werden, aber Computer und Internetverkehr sind hier nicht ausreichend. Wir haben Wartelisten, um denjenigen Vorrang zu geben, die ihren Unterricht und ihre Hausaufgaben machen müssen.

(LF) (Fides 13/1/2021)

Mosambik: Immer noch am Leben – „Gott hat mich nicht verlassen!“

Extremisten verüben immer neue Überfälle und hinterlassen eine Spur des Schreckens

(Open Doors, Kelkheim) – Anfang 2021 griffen mutmaßliche Dschihadisten, die lokal als „al-Shabaab“ bekannt sind, Lorenas* Dorf im Norden von Mosambik an. „Diese bösen Menschen kamen und haben uns zerstört. Sie haben uns in Armut gestürzt, jetzt haben wir nichts mehr ... Sie haben alles zerstört und verbrannt“, erklärt Lorena. Dass sie überlebt hat, ist für sie ein Zeichen von Gottes Treue. Aber sie und die anderen Überlebenden aus ihrem Dorf brauchen unser Gebet!

„Meine Kinder brauchten mich“

Das gesamte Dorf wurde von dem Angriff der Aufständischen überrascht. Die Männer waren beim Fischen, und die Frauen und Kinder waren im Dorf und gingen ihrer Arbeit nach. „Wir hörten, dass sie kamen. Also verließen wir unser Dorf und flohen auf unsere Felder. Aber unsere Männer waren beim Fischen und wurden gefangen genommen, als sie ans Ufer kamen.“ Kurz darauf wurden auch die Geflohenen entdeckt und mit Waffengewalt ins Dorf zurückgebracht.

Was dann geschah, ist selbst für Außenstehende nicht leicht zu ertragen. Lorena beschreibt, wie die Angreifer die Männer des Dorfes enthaupteten, während ihre Frauen und Kinder zusehen mussten. Anschließend überließen sie die Überlebenden sich selbst.

Lorena floh mit ihren Kindern Richtung Süden, um den Ort der schrecklichen Erinnerungen weit hinter sich zu lassen. „Ihr werdet mir vielleicht nicht glauben, aber ich war 22 Tage lang ohne Essen unterwegs; meine Gedanken waren in Aufruhr, aber meine Kinder brauchten mich.“ Der Weg durch den Wald war hart, aber wenigstens die Kinder brauchten dringend Nahrung. Lorena berichtet: „Wir versuchten, etwas zu essen zu finden, aber es gab nur so etwas wie grüne Bananen (Kochbanane), die wir kochen mussten, um sie genießbar zu machen.“ Schließlich fanden sie und ihre Kinder Zuflucht bei Verwandten in einer größeren Stadt.

Äußerlich versorgt, innerlich tief verwundet

Selbst jetzt, nach vielen Monaten, treibt die Erinnerung an den Angriff auf ihr Dorf Lorena die Tränen in die Augen. Doch ihr Glaube an Gott scheint ungebrochen. „Ich vertraue auf niemanden sonst, nur auf Gott und Jesus Christus. Denn er hat mich nicht verlassen ... Er bewahrt mich und meine Familie, deshalb sind wir noch am Leben.“

Im Jahr 2021 leistete Open Doors Nothilfe für fast 4.000 Vertriebene in Mosambik, darunter Lorena und ihre große Familie. In Zusammenarbeit mit der örtlichen Kirche stellten wir Bibeln, Lebensmittel, Küchenutensilien, Bettwäsche, Mehrzweck-Stofftücher und andere lebensnotwendige Güter zur Verfügung.

„Ich danke euch so sehr. Es hilft mir, weil ich meinen Kindern etwas zu essen geben kann. Möge er euch segnen und euch immer beschützen“, sagt Lorena.

Doch auch wenn sie äußerlich derzeit versorgt ist, sind die schrecklichen Erinnerungen wie frische Wunden in ihrer Seele. Sie und viele andere brauchen innere Heilung – sie brauchen unsere Gebete.

*Name geändert.

Bitte beten Sie für Lorena und die Christen in Mosambik!

- Danken Sie Gott dafür, dass Lorenas Vertrauen in Gott trotz der schrecklichen Erlebnisse ungebrochen scheint.
- Beten Sie, dass Jesus ihr, ihren Kindern und den vielen anderen Opfern der sinnlosen Gewalt seinen übernatürlichen Trost schenkt; dass er sie innerlich heilt und befreit.
- Beten Sie um Stärkung für die Gemeinde Jesu in Mosambik, die durch die wiederkehrenden Angriffe im Norden des Landes vor großen Herausforderungen steht.
- Beten Sie für die Aufständischen, dass Jesus ihnen die Augen öffnet, so dass sie ihn erkennen und vor weiterer Gewalt zurückschrecken

Mosambik: Islamistische Gewalt

Christliche Religionsvertreter gegen Instrumentalisierung der Religion

Maputo (Fides) - Etwa 30 Menschen, meist Frauen und Kinder, konnten in den letzten Tagen wieder aus den Händen von islamistischen Milizen entkommen, die sie in der Region Cabo Delgado im äußersten Norden Mosambiks gefangen genommen hatten.

Seit 2017 wird die Provinz von der Gewalt dschihadistischer Gruppen heimgesucht, die behaupten, sich dem so genannten Islamischen Staat (IS) angeschlossen zu haben. Bisher kamen dabei 3.500 Menschenleben ums Leben und 820.000 Einwohner sahen sich zur Flucht gezwungen. Die Bedrohung der regionalen Stabilität durch Islamisten aus Mosambik, die in das benachbarte Tansania eingedrungen sind, veranlasste unterdessen auch die Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrikas (SADC), deren Mitglied Mosambik ist, und Ruanda, das rund 3.000 Soldaten zur Unterstützung der lokalen Armee entsandte, zu reagieren.

Dank des Drucks des mosambikanischen Militärs und seiner Verbündeten wurden die Dschihadisten nun zur Flucht gezwungen, so dass die Geiseln entkommen konnten. Diese berichteten, dass sie misshandelt wurden und von den Entführern nur wenig zu essen bekamen. Frauen und Mädchen berichteten, dass sie zur Heirat mit den Terroristen gezwungen und dass sie sexuell missbraucht wurden.

Der südafrikanische Präsident Cyril Ramaphosa erklärte auf dem jüngsten Gipfeltreffen der Länder des südlichen Afrikas in Malawi, dass es im Kampf gegen die dschihadistische Gewalt im Nordosten Mosambiks nach dem Eingreifen der regionalen Truppen "bedeutende Fortschritte" gegeben habe.

Einen Beitrag zu Frieden und Versöhnung in der mosambikanischen Provinz wollen christliche und muslimische Religionsvertreter unter anderem dadurch leisten, dass sie sich verpflichten, sich gemeinsam für die Verbreitung "der wahren Bedeutung der Religion" einzusetzen und das vom Extremismus bedrohte Image des Islam zu retten. "Wir erklären unsere Einheit und unsere einmütige Ablehnung terroristischer und extremistischer Handlungen und bekräftigen unsere Verpflichtung, Seite an Seite für Frieden und Brüderlichkeit einzutreten", erklären die christlichen und muslimischen Religionsvertreter, die sich weiterhin für den Schutz der wahren Bedeutung der Religion einsetzen wollen, "damit die Gesellschaft in ihr nicht die Ursache von Konflikten sieht". Dies gelte insbesondere in der islamischen Religion, „die am meisten von Vorurteilen betroffen ist“.

Die Religionsführer unterzeichneten eine entsprechende gemeinsame Erklärung Ende Dezember am Ende eines dreitägigen Treffens in Pemba, der Hauptstadt der Provinz Cabo Delgado.

(L.M.) (Fides 12/1/2022)

Nigeria: Ein Schüler der Bethel Baptist High School bleibt gefangen

IIRF-D/BF/Tübingen/13.01.22 - Entführer in Nigeria haben zwei weitere Schüler der Bethel Baptist High School freigelassen, während ein Schüler nach fast sechsmonatiger Gefangenschaft weiterhin festgehalten wird.

Pastor John Joseph Hayab, Vorsitzender der Christian Association of Nigeria im Bundesstaat Kaduna, sagte, dass einer der Schüler am 28. Dezember 2021 und der andere am 1. Januar 2022 freigelassen worden sei

"Mit der Freilassung dieser beiden Studenten sind nun insgesamt 120 Studenten wieder in Freiheit, und nur ein einziger befindet sich noch bei den Entführern", bestätigte er am 2. Januar.

Pastor Hayab lobte die Polizei von Kaduna für ihre "gute Arbeit", nachdem zwei der mutmaßlichen Entführer bei einer Neujahrsrazzia in einem der Verstecke der Bande festgenommen worden waren. Es sei zu hoffen, dass "nachhaltige Anstrengungen wie diese der Polizei" dazu beitragen würden, den "einen und letzten" Studenten bald nach Hause zu bringen, fügte der Pastor hinzu.

Die Bethel-Schüler waren in den frühen Morgenstunden des 5. Juli entführt worden, als bewaffnete Männer das christliche Internat im Bundesstaat Kaduna stürmten. Die Entführer ließen die Schüler nach und nach frei, zunächst 28 Schüler am Sonntag, den 25. Juli, dann weitere im August, September und Oktober. Der Schulsprecher (head boy), der von Pastor Hayab für seine Führungsqualitäten während der Entführung gelobt wurde, wurde im November aus gesundheitlichen Gründen freigelassen.

Quelle: Barnabas Fund 5 Januar 2022

Nordkorea: Trotz Verfolgung

Die Menschen in Nordkorea, die in einem der am stärksten unterdrückten Länder der Welt leben, hören die Gute Nachricht durch Radiosendungen. Ein leistungsstarker AM-Sender, der auf der Insel Daebu in Südkorea errichtet wurde, erreicht ganz Nordkorea. Ein Nordkoreaner, der das Evangelium zum ersten Mal durch diese Sendungen hörte, sagt: "Früher habe ich um 2:00 Uhr nachts mit einer Decke über dem Kopf Radio gehört, damit niemand etwas hören konnte. Jetzt sind alle in meiner Familie Christen. Ich war allein und meine Seele war hungrig, aber jetzt kenne ich zum ersten Mal in meinem Leben echten Frieden und Freude." FEBC

Quelle: WORLDNEWS, Bridgeway Publications übersetzt und bearbeitet von AKREF

Nordkorea: Verfolgungseifer gegen Christen ist ungebremst

IGFM zur zehnjährigen Herrschaft von Kim Jong-un

Frankfurt am Main/Pjöngjang (IDEA) – Das totalitäre Regime in Nordkorea geht mit unverminderter Brutalität gegen Christen vor. Am Eifer, sie zu verfolgen und zu vernichten, hat sich während der zehnjährigen Herrschaft des Diktators Kim Jong-un (38) nichts geändert. Diese Bilanz hat der Vorstandssprecher der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte, Martin Lessenthin (Frankfurt am Main), gegenüber der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA gezogen. Kim Jong-un ist seit Ende 2011 unumschränkter Machthaber in Nordkorea. Er habe das grausige Erbe seines Vaters Kim Jong-il (1941–2011) fortgesetzt und sei für schwerste Menschenrechtsverletzungen verantwortlich, so Lessenthin. So werde die Religionsfreiheit massiv unterdrückt: „Wer in Nordkorea als Christ erkannt wird, muss mit Folter, Zwangsarbeit oder gar dem Tod rechnen.“ Es genüge, mit einem gedruckten Psalm aufgegriffen zu werden oder im Besitz einer CD mit christlichen Inhalten zu sein. Die Denunziation von Christen oder angeblichen Christen sei Normalität. Selbst Angehörige versuchten, sich mitunter zu retten, indem sie Familienmitglieder verrieten. Viele Insassen der nordkoreanischen Zwangsarbeitslager seien Christen oder Kinder und Enkel von Christen, die in den Lagern geboren wurden. Seriöse Zahlen zu inhaftierten Christen gibt es laut Lessenthin nicht.

Bis zu zwei Millionen Menschen in Lagern

Nach Schätzungen befänden sich insgesamt zwischen 400.000 und zwei Millionen Menschen in Lagern. Laut Angaben von Flüchtlingen aus Nordkorea hat es in der Ära von Kim Jong-un mindestens 23 öffentliche Hinrichtungen gegeben. Die Opfer wurden beschuldigt, südkoreanische Videos gesehen oder verbreitet zu haben. Grundlage für die Hinrichtungen ist das im Jahr 2020 eingeführte Gesetz, das „anti-sozialistische Gedanken und Handlungen“ unter Strafe stellt – bis hin zur Todesstrafe. Der Diktator schreckt auch nicht vor der Ermordung von Familienmitgliedern zurück. So ließ er 2013 seinen Onkel Jang Song-thaek und 2017 seinen Halbbruder Kim Jong-nam umbringen. Laut IGFM beutet Kim Jong-un die nordkoreanische Bevölkerung aus – durch Zwangsarbeit und den „Verleih“ von Zwangsarbeitern an andere Staaten. Das erwirtschaftete Geld fließe nicht in Nahrungsmittel für die hungerrnde Bevölkerung, sondern in die militärische Aufrüstung und das Atomprogramm des Diktators. Die Hungersnöte in Nordkorea resultierten aus Korruption, jahrzehntelanger Misswirtschaft und dem ausschweifenden Leben der Machtelite, die die Kim-Dynastie stütze. Nordkorea hat knapp 26 Millionen Einwohner. Darunter sind nach Schätzungen von Hilfs- und Missionswerken zwischen 100.000 und 400.000 Christen.

Pakistan: Freigelassener Christ in Lebensgefahr

Sein Bruder bittet um Asyl für ihn in einem westlichen Land

Lahore (IDEA) – Der pakistanische Christ Nadeem Samson schwebt in Lebensgefahr. Das erklärte sein Bruder, der in den USA lebt, gegenüber der Internetzeitung Christian Post. Er rief die Regierungen westlicher Staaten auf, Samson Asyl zu gewähren. Hintergrund: Der Katholik aus Lahore war am 5. Januar nach vier Jahren Haft auf Kaution freigelassen worden. Er wurde im November 2017 verhaftet. Der Vorwurf: Er soll ein gefälschtes Facebook-Konto eingerichtet haben, auf dem er angeblich blasphemische Inhalte postete. Trotz seiner Freilassung wird das Gerichtsverfahren gegen ihn fortgesetzt. Solche Prozesse seien für die Angeklagten sehr gefährlich, sagte der Bruder gegenüber der Christian Post. So sei 2020 ein wegen Blasphemie angeklagter Muslim im Gerichtssaal von Zuschauern ermordet worden. Auch habe es in der Vergangenheit immer wieder Fälle gegeben, in denen ein muslimischer Mob Menschen umgebracht habe, denen Beleidigung des Islam vorgeworfen wurde. Im Gefängnis sei Samson unmenschlicher Behandlung ausgesetzt gewesen, erklärte sein Bruder weiter. So habe der Gefängnisdirektor ihm medizinische Behandlung verweigert, obwohl er an einer schmerzhaften Nierenerkrankung leide. In Pakistan werden nach Angaben von Menschenrechtsorganisationen immer wieder Menschen fälschlich wegen Blasphemie angezeigt. Hintergrund sind häufig Vermögensstreitigkeiten oder religiöse Vorurteile. Im Falle einer Verurteilung droht den Beschuldigten die Todesstrafe. Von den über 216 Millionen Einwohnern Pakistans sind 95 Prozent Muslime, zwei Prozent Christen und zwei Prozent Hindus.

Pakistan: Opfer des Blasphemieparagrafen

Protestantischer Pastor Zafar Bhatti zum Tode verurteilt

Lahore (Fides) - Ein Bezirksgericht in Rawalpindi hat den seit 2012 inhaftierten 58-jährigen protestantischen Pastor Zafar Bhatti wegen Blasphemie zum Tode verurteilt. Der christliche Religionsvertreter war beschuldigt worden, blasphemische Textnachrichten verschickt zu haben. Zafar Bhatti wurde am 3. Mai 2017 gemäß den Paragrafen 295 (a) und 295 (c) des pakistanischen Strafgesetzbuchs wegen Beleidigung des Propheten Mohammed und seiner Mutter zu lebenslanger Haft verurteilt. Vor seiner Verhaftung im Jahr 2012 hatte Pastor Zafar Bhatti die Wohltätigkeitsorganisation "Jesus World Mission" zur Unterstützung der Armen und eine Hauskirche gegründet und betreut.

Nach der Anzeige eines Unbekannten nahm die Polizei Pastor Zafar Bhatti wegen Blasphemie fest. Doch bei der Überprüfung der Handnummer bestätigte der Anbieter, dass die zum Versenden von Textnachrichten verwendete SIM-Kartennummer nicht auf seinen Namen registriert war. Eine muslimische Frau namens Ghazala Khan wurde als Inhaberin der SIM-Kartennummer ermittelt, die zum Versenden blasphemischer Textnachrichten verwendet wurde. Das Gericht verurteilte die Frau im April 2013, ließ sie aber auf Kautionsfrei. Vom ersten Tag an hat Zafar Bhatti die gegen ihn erhobenen Vorwürfe bestritten. Er ist derzeit der am längsten wegen Blasphemie Inhaftierte und der erste, gegen den das Gericht am 3. Januar die Todesstrafe verhängte.

Der christliche Menschenrechtsaktivist, Ilyas Samuel, äußerte gegenüber Fides seine Bestürzung über das ungerechtfertigte Todesurteil gegen Zafar Bhatti: "Diese Nachricht macht mich traurig. Ich bedaure, dass der Missbrauch der Blasphemiegesetze so weit verbreitet ist und als Racheinstrument gegen unschuldige Menschen eingesetzt werden kann".

Unterdessen wurde am 5. Januar der Christ Nadeem Samson, der seit November 2017 Opfer des Blasphemiegesetzes inhaftiert war, nach vier Jahren Haft auf Kautionsfrei gelassen. Dies entschied der Oberste Gerichtshof. Nadeem Samson war unter dem Vorwurf verhaftet worden, ein gefälschtes Facebook-Konto eingerichtet zu haben, auf dem er angeblich blasphemische Inhalte postete.

Joseph Jansen, Präsident von „Voice for Justice“ sagte dazu gegenüber Fides: "Wir sind froh, dass wir eine Freilassung auf Kautionsfrei für Nadeem Samson erwirkt haben. In der Tat ging es bei dem Streit mit dem Beschwerdeführer um Geld- und Vermögensfragen. Die meisten Fälle von Gotteslästerung beruhen auf falschen Anschuldigungen, auf Familienstreitigkeiten oder religiösen Vorurteilen. Diejenigen, die andere fälschlicherweise der Blasphemie beschuldigen, müssen vor Gericht gestellt und ordnungsgemäß bestraft werden", sagte er.

Der muslimische Anwalt Saif-ul-Malook, der Nadeem Samson vertritt und auch Verteidiger im Fall von Asia Bibi war, sagte gegenüber Fides: "Dies ist eine historische Entscheidung des Obersten Gerichtshofs von Pakistan. Dieses Urteil wird als Präzedenzfall dienen, um anderen Opfern von Blasphemievorwürfen zu helfen. Die pakistanischen Gerichte lehnen routinemäßig Kautionsanträge von Opfern des Blasphemiegesetzes ab, insbesondere wenn die Anklage auf Artikel 295(c) beruht. Wir danken Richter Syed Mansoor Ali Shah vom Obersten Gerichtshof Pakistans dafür, dass er sich nicht von religiösen Vorurteilen davon abhalten ließ, Recht zu sprechen", schließt er.

(AG) (PA) (Fides 10/1/2022)

Pakistan: Wegen "Blasphemie" angeklagter Christ zum Tode verurteilt

IIRF-D/BF/Tübingen/13.01.22 - Zafar Bhatti, ein pakistanischer Christ, der im Mai 2017 wegen "Blasphemie" verurteilt worden war, wurde am 3. Januar vom Bezirksgericht Rawalpindi zum Tode verurteilt.

Bhatti, der seit seiner Verhaftung im Jahr 2012 dafür kämpft, seinen Namen reinzuwaschen, erschien im Rahmen eines laufenden Berufungsverfahrens gegen die lebenslange Haftstrafe, die er bei seiner ersten Verurteilung erhalten hatte, vor Gericht.

Das Gericht bestätigte jedoch die Verurteilung aus dem Jahr 2017 und entschied außerdem, dass die angemessene Strafe für "Blasphemie" gegen den islamischen Propheten Mohammed der Tod und nicht eine lebenslange Haftstrafe sei.

Das Urteil stützt sich auf eine Entscheidung des Verfassungsgerichts aus dem Jahr 1991, wonach die Todesstrafe die einzige angemessene Strafe für "Gotteslästerung" gegen Mohammed ist.

Zafars Rechtsvertreter planen, sowohl gegen die Todesstrafe als auch gegen die ursprüngliche Verurteilung Berufung einzulegen.

Zafar wurde wegen "Gotteslästerung" verurteilt, weil er angeblich Texte, die Mohammed beleidigen, über ein Telefon verschickt hatte, das nicht auf seinen Namen registriert war. Er hat die Vorwürfe stets bestritten. Im September 2020 wurde berichtet, dass er im Gefängnis einen Herzinfarkt erlitten hatte und dass man sich ernsthafte Sorgen um seine sich verschlechternde körperliche und geistige Gesundheit machte.

Gesetze, die die Beleidigung von Religionen verbieten, gibt es in der Region seit 1860 und wurden bei der Gründung des Landes 1947 in das pakistanische Strafgesetzbuch aufgenommen.

Die Gesetze wurden unter der Militärregierung von General Zia-ul-Haq (im Amt von 1978-88) verschärft. So wurde 1986 der Abschnitt 295-C in das pakistanische Strafgesetzbuch eingefügt, der besagt, dass jede Person, die "den heiligen Namen des Heiligen Propheten beschmutzt", "mit dem Tod oder lebenslänglicher Haft" bestraft wird.

Daraufhin entschied das Gericht 1991, dass die einzige angemessene Strafe für "Blasphemie" gegen Mohammed der Tod sei, da eine mildere Strafe von lebenslänglicher Haft "gegen die Gebote des Islam" verstoße.

Höhere Gerichte zögern jedoch, ein Todesurteil aufrechtzuerhalten, und es wurde noch nie eine Hinrichtung vollstreckt.

Quelle: Barnabas Fund 11. Januar 2022

Südkorea: Im Geiste der evangelischen Brüderlichkeit

Erzbischof von Seoul: "Wir müssen für den Frieden beten und Wege der Versöhnung beschreiten"

Seoul (Fides) - "Um Frieden zu erreichen, müssen wir über uns selbst nachdenken und bei uns selbst anfangen und für den Frieden beten. Das Gebet nährt unseren Glauben an die Gegenwart Gottes; der Heilige Geist, unser Lehrer, leitet uns im Gebet. In Erinnerung an den tragischen Krieg müssen wir aufrichtig für den Frieden auf der koreanischen Halbinsel beten und einen Weg der nationalen Einheit und Versöhnung beschreiten. Als Teil dieser Bemühungen feiert die Erzdiözese Seoul seit 26 Jahren jeden Dienstag um 19 Uhr in der Myeongdong-Kathedrale eine besondere Messe und spricht das Gebet des Heiligen Franz von Assisi für die Versöhnung und Vereinigung des koreanischen Volkes und für die "Kirche des Schweigens" in Nordkorea", so der neue Erzbischof von Seoul, Peter Chung (OCD) im Interview mit der Fides über den pastoralen und evangelisierenden Weg der Kirche in Korea.

In dem Interview kündigt der Erzbischof eine besondere pastorale Aufmerksamkeit für junge Menschen an und verweist dabei auf den Geist des Dokuments "Christus Vivit". Zudem erinnert er daran, dass die Kirche in Korea "eine wichtige Rolle im Leben der katholischen Kirche auf dem gesamten asiatischen Kontinent spielt, da die koreanische Kirche in der Vergangenheit große Gnade und Hilfe empfangen hat. Deshalb glaube ich, dass es jetzt an der Zeit ist, das empfangene Geschenk des Glaubens zurückzugeben". "In Asien setzen sich die Kirchen oft aus marginalisierten und armen Gemeinschaften zusammen, in denen die Verletzungen der Religionsfreiheit zunehmen und die Verfolgung andauert. Aus diesem Grund sind und werden wir immer bereit sein, den kleinen Gemeinschaften unseres Kontinents im Geiste der evangelischen Brüderlichkeit und des Glaubensaustauschs geistlichen Beistand und materielle Unterstützung anzubieten", bekräftigt er (...)

(PA) (Fides 12/1/2021)

LINK

Interview im Wortlaut bei Omnis Terra (Englisch) -> <http://omnisterra.fides.org/articles/view/174>

Südsudan: Mindestens 28 Tote bei islamistischem Angriff auf christliche Gemeinde

IIRF-D/BF/Tübingen/13.01.22 - Bei einem Angriff islamistischer Extremisten auf die christliche Gemeinde von Yith Pabol im Bezirk Aweil East, Südsudan, wurden Anfang Januar mindestens 28 Menschen getötet und 57 Häuser niedergebrannt.

Bischof Joseph Mamer Manot erklärte am 6. Januar, es sei zu massiven Vertreibungen gekommen und die humanitäre Lage sei alarmierend, da Lebensmittel und anderes Eigentum in Schutt und Asche gelegt worden seien, so dass die Überlebenden keine Unterkünfte, keine Nahrungsmittel und kein sauberes Trinkwasser hätten.

Der Vorfall ist das jüngste Beispiel für Angriffe auf südsudanesischen Christen durch arabische Muslime aus der Republik Sudan entlang der umstrittenen Grenze zwischen den beiden Ländern.

Bei einem ähnlichen Angriff in der gleichen Woche im nahe gelegenen Dorf Miodol wurden mindestens vier Menschen getötet, drei weitere werden vermisst und mehrere Häuser zerstört.

Die südsudanesischen Streitkräfte wurden in die Region entsandt, um den Frieden zu wahren.

Bei einem ähnlichen Angriff in der gleichen Woche im nahe gelegenen Dorf Miodol wurden mindestens vier Menschen getötet, drei weitere werden vermisst und mehrere Häuser zerstört.

Die südsudanesischen Streitkräfte wurden in die Region entsandt, um den Frieden zu wahren.

Quelle: Barnabas Fund 11. Januar 2022

Vietnam: Einschätzung zur Lage der Christen

Obwohl die Christen weniger als 10 % der vietnamesischen Bevölkerung ausmachen (katholisch 7,7 %, protestantisch 1,3 %), sind sie unter den Befürwortern und Aktivisten der Demokratie und der Menschenrechte in Vietnam stark überrepräsentiert. Dennoch existiert die Religionsfreiheit mehr in der Theorie als in der Praxis. Das kommunistische Regime betrachtet nicht registrierte Hauskirchen und Christen, die ethnischen Minderheiten angehören, als Bedrohung für die Einheit und Sicherheit des Landes. Es geht gegen Christen mit Einschüchterung, Verunglimpfung, Schikanen, Polizeigewalt und öffentlicher Beschämung vor. Das vietnamesische Menschenrechtsnetzwerk listet 288 "Gefangene aus Gewissensgründen" auf, von denen viele Pastoren nicht registrierter Kirchen sind. Sie werden routinemäßig gefoltert, und viele sind gesundheitlich angeschlagen. Verlässliche Informationen aus den Gefängnissen und sogar aus dem Land zu bekommen, ist jedoch ein riskantes Unterfangen.

Quelle: Religious Liberty, Bridgeway Publications aus dem Englischen übersetzt und bearbeitet von AKREF

Weltweit: Weihnachtliche Gewalt gegen Christen in aller Welt

IIRF-D/BF/Tübingen/13.01.22 - Die Weihnachtszeit ist eine Zeit, in der sich Christen in großer Zahl zu Gottesdiensten und anderen Feierlichkeiten versammeln und sich damit ungewollt zur Zielscheibe von Terroranschlägen und anderer Gewalt machen.

Religiöse Extremisten sehen Weihnachten und andere christliche Feste als idealen Zeitpunkt an, um gegen Christen vorzugehen.

In einigen Ländern, z. B. in **Indonesien**, wird zusätzliches Sicherheitspersonal für Kirchen und andere christliche Stätten abgestellt. Die hier beschriebenen Angriffe stellen nur die uns bekannten dar.

Die verkohlten Leichen von mindestens 35 Zivilisten, die von Truppen der myanmarischen Armee erschossen worden waren, wurden am Weihnachtstag in einem Dorf im Bundesstaat Kayah im Osten **Myanmars** gefunden.

Die Leichen, darunter auch ein Kind, wurden in der Nähe des Dorfes Mo So in der Gemeinde Hpruso, einem überwiegend christlichen Gebiet im mehrheitlich buddhistischen Myanmar, gefunden.

Die Untersuchung von 31 der Leichen deutet darauf hin, dass die Dorfbewohner erschossen wurden, bevor sie am Heiligabend verbrannt wurden. Mindestens vier Leichen waren zu stark verbrannt, als dass Untersuchungen durchgeführt werden konnten.

Die Leichen wurden in 13 verbrannten Fahrzeugen gefunden, darunter fünf Motorräder und mehrere Lastwagen und Autos. Am 29. Dezember fand ein Begräbnis für 33 der Opfer statt.

Die in Großbritannien ansässige Wohltätigkeitsorganisation Save the Children gab bekannt, dass zwei ihrer Mitarbeiter unter den Erschossenen und Verbrannten waren. In einer Erklärung der Hilfsorganisation, die ihre Tätigkeit in der Region eingestellt hat, hieß es: "Das Militär hat die Menschen aus ihren Autos gezwungen, einige verhaftet, viele getötet und die Leichen verbrannt."

Ein Kirchenführer aus Kayah sagte, dass Weihnachten aufgrund des Massakers gedämpft gefeiert worden sei. "Wir hatten alle Tränen in den Augen. Wir konnten nicht mehr "Frohe Weihnachten" sagen. Weihnachten war sehr dunkel für uns ... Die Gegenwart der verbrannten Leichen war um uns herum."

Banyar Khun Aung, Direktor der Karenni Human Rights Group, kommentierte: "Es ist ein abscheuliches Verbrechen und der schlimmste Vorfall während der Weihnachtszeit. Wir verurteilen dieses Massaker auf das Schärfste als Verbrechen gegen die Menschlichkeit."

In der Zwischenzeit hat das Militär von Myanmar (auch als Tatmadaw bekannt) im mehrheitlich christlichen Chin State die verlassene Stadt Thantlang weiter beschossen und am 30. Dezember zwei Kirchen niedergebrannt. Obwohl die 10.000 Einwohner der Stadt längst evakuiert sind, wurde Thantlang wiederholt bombardiert.

Die Zahl der Anschläge auf Kirchen und christliche Schulen in **Indien** zu Weihnachten 2021 war höher als in den vergangenen Jahren.

Diese Zunahme ist Ausdruck des zunehmenden Hasses und der Gewalt gegen Christen aus extremistischen Kreisen der indischen Gesellschaft.

Ein Kirchenleiter in Madhya Pradesh sagte: "Jeder Sonntag ist ein Tag des Terrors und des Traumas für Christen, besonders für diejenigen, die zu diesen kleinen Kirchen gehören."

Er äußerte sich, nachdem eine Weihnachtsveranstaltung von radikalen Hindutva-Extremisten gestört worden war, die "Stoppt Konvertierungen" und "Tod den Missionaren" riefen.

Bei einem anderen Vorfall im Bundesstaat Haryana drangen Extremisten in eine christliche Schule ein, um eine christliche Veranstaltung zu stören, die sie als "religiöse Bekehrung unter dem Deckmantel der Weihnachtsfeier" bezeichneten. Christliche Mitarbeiter wurden beschuldigt, "Kinder durch Theaterstücke und Reden einer Gehirnwäsche zu unterziehen, damit sie das Christentum annehmen".

Ein ähnlicher Vorfall ereignete sich in Bengaluru (auch als Bangalore bekannt) in Karnataka, wo es zu einer Flut extremistischer Vorfälle im Zusammenhang mit falschen Anschuldigungen illegaler Konversionen gekommen ist.

Einschüchterungsversuche wurden auch vor christlichen Schulen in Agra (Uttar Pradesh), vor einer Kirche in Assam und vor einer Kirche in Punjab gemeldet.

Bei einem Selbstmordattentat in einem belebten Restaurant in Beni, **Demokratische Republik Kongo**, wurden am ersten Weihnachtsfeiertag sieben Menschen getötet.

Mehr als 30 Gäste feierten Weihnachten, als der Angreifer einen Sprengsatz in der Nähe des Eingangs des Gebäudes zündete.

Die Polizei hinderte den Attentäter daran, das Restaurant zu betreten, aber er sprengte sich selbst in die Luft, tötete sich und sieben weitere Personen und verletzte mehr als 20.

Bürgermeister Narcisse Muteba bestätigte, dass sich unter den Todesopfern zwei Kinder befinden. Er forderte die Einwohner auf, zu ihrer eigenen Sicherheit in ihre Häuser zurückzukehren, und erklärte, dass die Ermittlungen zur Ermittlung der für den Anschlag Verantwortlichen im Gange seien.

Zwar hat sich keine Gruppe zu dem Vorfall bekannt, doch in einer Erklärung des Militärs von Nord-Kivu wurden die Alliierten Demokratischen Kräfte (ADF), eine islamistische Gruppe, die als die tödlichste der in der Region aktiven Milizen gilt, für den Angriff verantwortlich gemacht. Der Gruppe wird nachgesagt, dass sie Verbindungen zum Islamischen Staat hat.

Quelle: Barnabas Fund 7. Januar 2022

Zentralafrika: Brand verwüstet Flüchtlingscamp

auf dem Gelände der Kathedrale von Alindao

Bangui (Fides) – Infolge eines gewaltigen Brandes, der am 11. Januar das Flüchtlingscamp "Galileo" der katholischen Kirche im Zentrum von Alindao, einer Stadt 500 km östlich von Bangui, der Hauptstadt der Zentralafrikanischen Republik, verwüstet hat wurden rund 1.500 Flüchtlingsunterkünfte durch die Flammen zerstört. An anderen Gebäuden entstand erheblicher Sachschaden, etwa zwanzig Menschen wurden ins Krankenhaus eingeliefert.

Das Camp „Galileo“ ist das größte Auffangcamp in der Stadt Alindao und befindet sich auf dem Gelände der in der Kathedrale des Heiligen Herzens von Alindao. Es beherbergt derzeit Vertriebene aus Basse-Kotto, die vor den Übergriffen der UPC-Milizen unter Leitung von Ali Darass fliehen.

Wie Anita Cadonau, Sprecherin des UN-Büros für humanitäre Angelegenheiten in Zentralafrika (OCHA), gegenüber der Nachrichtenagentur AFP mitteilt sind insgesamt 4.803 Menschen obdachlos und brauchen Lebensmittel, Wasser und andere lebensnotwendige Hilfsgüter.

Nach Angaben der Behörden handelte es sich bei dem Feuer nicht um Brandstiftung. Die Einrichtung war bereits am 12. Februar 2020 in Brand geraten und wurde mehrfach von Rebellen angegriffen .

Seit Beginn des Bürgerkriegs im Jahr 2013 sind Hunderttausende von Menschen vor den Kämpfen geflohen.

Nach dem jüngsten OCHA-Bericht gab es Anfang 2022 in der Zentralafrikanischen Republik mehr als 670.000 Binnenvertriebene und 741.000 Flüchtlinge in den Nachbarländern.

(L.M.) (Agenzia 13/1/2022)

Disclaimer: Die Evangelische Allianz in Deutschland und ihr Arbeitskreis Religionsfreiheit- Menschenrechte-Einsatz für verfolgte Christen stellen diese Informationen zur Verfügung ohne jede Kommentierung. Die Ansichten, die in den Meldungen zum Ausdruck kommen, werden nicht ohne Weiteres von EAD oder AKREF geteilt.

Falls Sie die Erstellung und Verbreitung der AKREF Gebetsanliegen unterstützen möchten, können Sie gern eine Spende richten an:

Evangelische Allianz in Deutschland (EAD)

Spendenkonto:

IBAN: DE87520604100000416800

BIC: GENODEF1EK1

Evangelische Kreditgenossenschaft

Verwendungszweck „AKREF“

Gerne können Sie auch [online spenden](#).

Links

www.csi-de.de

<https://islam.ead.de/>

<https://akref.ead.de/>

<https://akref.ead.de/gebet-fuer-verfolgte/>

www.h-m-k.org

www.hilfsbund.de

www.hoffnungszeichen.de

www.idea.de/nachrichten.html

www.islaminstitut.de

www.kirche-in-not.de

www.opendoors.de

www.pro-medienmagazin.de

www.stanet.ch/APD

www.zenit.org

Menschenrechtsorganisationen:

www.amnesty.de

www.igfm.de

www.gfbv.de

Wichtige englischsprachige Internetseiten:

www.advocatesinternational.org [Anwälte im Auftrag der Allianz]

www.barnabasfund.org

www.csi-int.ch

www.forum18.org [Forum 18 News Service]

www.idop.org [Int. Seite des Gebetstages für verfolgte Christen]

www.iirf.eu [Internationales Institut für Religionsfreiheit]

www.meconcern.org [Middle East Concern]

www.persecutedchurch.org

www.persecution.net [Voice of the Martyrs/HMK]